

CONGRESSIONAL GOLD MEDAL: KRITIK UND ZUSTIMMUNG NACH EHRUNG IN WASHINGTON

Die Verleihung der Congressional Gold Medal, der höchsten Auszeichnung für Zivilpersonen in den Vereinigten Staaten, an den Dalai Lama am 17. Oktober im US-Kongress ist von Spitzen der amerikanischen Politik einhellig begrüßt worden, hat jedoch zu scharfen Protesten aus Peking geführt.

US-Präsident George W. Bush rief in seiner Ansprache vor Vertretern beider Häuser des US-Kongresses die Führung in Peking dazu auf, in direkte Gespräche mit dem Dalai Lama einzutreten. Bush hatte den Dalai Lama zuvor in Privaträumen des Weißen Hauses empfangen und ist der erste Präsident der Vereinigten Staaten, der sich bei einer öffentlichen Veranstaltung mit dem Dalai Lama zeigt. Peking hatte sowohl gegen das Treffen im Weißen Haus als auch die Verleihung der Congressional Gold Medal scharf protestiert. Außenminister Yang Jiechi hatte am Rande des 17. Parteitages der KP Chinas die Verleihung als eine "außerordentlich ungerechtfertigte Veranstaltung" bezeichnet und erklärt, dass die Ehrung die Gefühle der Chinesen verletze. Der Parteisekretär der KP in der Tibetischen Autonomen Region hatte zuvor gegenüber Journalisten seiner Verärgerung mit den Worten Ausdruck verliehen,



George W. Bush und der Dalai Lama im US-Kongress. In der Mitte Nancy Pelosi, Sprecherin des Repräsentantenhauses. Foto: ICT.

"wenn der Dalai Lama eine solche Ehrung erhalten kann, dann gibt es keine Gerechtigkeit oder gute Menschen in der Welt."

Die Sprecherin des Repräsentantenhauses Nancy Pelosi unterstrich indes die Notwendigkeit internationaler Unterstützung für das geistige Oberhaupt der Tibeter. Sowohl Mehrheits- und Minderheitsführer beider Häuser betonten, dass der Dalai Lama und seine Politik des "Mittleren Weges" über Parteigrenzen hinaus breite Zustimmung erhielten.

Der Dalai Lama unterstrich in seiner Ansprache, dass er nach wie vor der Politik des "Mittleren Weges"

folge: "Ich betone noch einmal grundsätzlich: mein Ziel ist nicht Unabhängigkeit. Ich will substantielle Autonomie für das tibetische Volk innerhalb der Volksrepublik China. (...) Peking wirft mir vor, ich verfolge einen "Geheimplan" mit dem Ziel der Abspaltung und Wiederherstellung des alten gesellschaftlichen und politischen Systems in Tibet. Dieser Vorwurf ist unbegründet und unwahr." Eine zukünftige Einigung, die Autonomie und Selbstbestimmung garantiere, sei auch kein Einfallstor für eine Unabhängigkeit Tibets, so der Dalai Lama weiter.

*Dalai Lama:
"Fact-Finding"-
Delegation nach
Tibet und Interesse
an Pilgerreise nach
China.*

Ferner wies er auf den von seinen Gesandten bei der sechsten Dialogrunde mit Vertretern der chinesischen Staatsführung geäußerten Vorschlag hin, einer Gruppe von Experten zu ermöglichen, die Situation in Tibet vor Ort zu analysieren. Damit könnten, so der Dalai Lama, Streitpunkte, die von "widersprüchlichen Perspektiven" herrührten, ausgeräumt werden. Auch

sein Interesse an einer Pilgerreise zu heiligen Stätten des Buddhismus in der Volksrepublik China sei nach wie vor vorhanden.

Vor allem der starke Zuzug von Han-Chinesen nach Tibet gebe großen Anlass zu Besorgnis, da die tibetische Bevölkerung in kurzer Zeit zu einer "unbedeutenden Minderheit" im eigenen Land werden könne. Über Tibet hinaus seien für China Transparenz, Rechtsstaatlichkeit sowie Medien- und Meinungsfreiheit von zentraler Bedeutung. Die amerikanische Politik rief der Dalai Lama dazu auf, die Dialogbemühungen seiner Gesandten weiterhin aktiv zu unterstützen, da die Gespräche mit der chinesischen Staatsführung in eine "kritische Phase" eingetreten seien. ■

INTERNATIONAL
CAMPAIGN
FOR TIBET
Deutschland e.V.

ICT Deutschland
Schönhauser Allee 163
10435 Berlin
Tel.: +49(0)30 2787 9086
Fax: +49(0)30 2787 9087
info@savetibet.de
www.savetibet.de

IN DIESER AUSGABE

- Seite 1 Kritik und Zustimmung nach Ehrung in Washington
- Seite 2 Angst und Freude in Tibet
- Seite 3 Daten und Fakten:
Treffen des Dalai Lama mit Staats- und Regierungsvertretern
- Seite 4 Nachrichten in Kürze

ANGST UND FREUDE IN TIBET: BEHÖRDEN GEHEN GEGEN FEIERLICHKEITEN VOR

Trotz scharfer Sicherheitsvorkehrungen und Verboten vor allem in Lhasa und in Osttibet haben Tibeter in ganz Tibet am 17. Oktober der Verleihung der Congressional Gold Medal an den Dalai Lama gedacht, heißt es in einem ICT-Bericht vom 23. Oktober 2007. Bewaffnete Sicherheitskräfte haben, so ICT, das Kloster Drepung, eines der größten Klöster in Lhasa, abgesperrt und umstellt, nachdem sie zuvor friedliche Feierlichkeiten von Mönchen des Klosters unterbunden hatten. Berichten zufolge befinden sich mehrere hundert Mönche und Pilger auf dem Klostergelände. Die in Hong Kong erscheinende Tageszeitung „Ming Pao“ hatte zuvor von „gewaltsamen Zusammenstößen“ im Kloster Drepung berichtet. Ein weiteres wichtiges Kloster in der Hauptstadt Tibets, das Kloster Nechung, wurde augenscheinlich geschlossen. Berichten zufolge wurden in Lhasa zudem vermehrt bewaffnete Polizeieinheiten zusammengezogen und mehrere Kontrollpunkte an großen Ausfallsstraßen eingerichtet. Ferner sei eine behördliche Anordnung ergangen, derzufolge die Durchführung von religiösen oder anderen Feierlichkeiten verboten sei. In Zusammenhang mit der Eröffnung des 17. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas am 15. Oktober sei Beamten und Regierungsangehörigen ferner der Besuch von Tempeln untersagt worden.



Tibeter in der tibetischen Stadt Labrang feiern öffentlich die Verleihung der Congressional Gold Medal an den Dalai Lama. Foto: ICT.

Mehrere Tibeter in der tibetischen Stadt Labrang wurden vorübergehend festgenommen und Berichten zufolge wieder freigelassen, nachdem Mönche des Klosters in Labrang der Verleihung der Congressional Gold Medal mit Gebeten und Feuerwerk gedacht hatten. Bewaffnete Polizeieinheiten waren gegen das Abbrennen von Feuerwerk eingeschritten und haben in der Folge das Kloster umstellt. Augenzeugen zufolge kam es zu Auseinandersetzungen mit Mönchen und

anderen Tibetern. Es ist nicht bekannt, ob dabei Personen verletzt worden sind. Anderen Berichten zufolge wurden in manchen Gegenden Internet-Cafés geschlossen und zwei bekannte tibetische Internetseiten, die sich mit tibetischer Sprache und Literatur befassen, abgeschaltet, wobei eine dieser Internetseiten bereits am 15. Oktober zur Eröffnung des 17. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas nicht mehr erreichbar gewesen war. Der Sender „Voice of America“ hatte die Verleihung der Congressional Gold Medal live per Radio, Fernsehen und im Internet übertragen. Es ist unklar, wie viele Tibeter den Übertragungen folgen konnten, da die chinesischen Behörden vor allem in größeren Städten und Gemeinden Störsender einsetzen, um den Empfang missliebiger Übertragungen zu verhindern. Augenscheinlich hatten die Behörden in der tibetischen Region Amdo schon vor der Übertragung damit begonnen, weiträumig Satellitenempfänger zu konfiszieren. Der ICT-Bericht „Crackdown on celebrations in Tibet as Dalai Lama receives Gold Medal award in week of Party Congress“ kann unter <http://www.savetibet.org/news/newsitem.php?id=1177> eingesehen werden. ■

Dalai Lama: Aufruf zu friedlicher Konfliktlösung

In einem Gastbeitrag für die Tageszeitung „Washington Post“ vom 21. Oktober, unmittelbar im Anschluss an die Verleihung der Congressional Gold Medal, hat der Dalai Lama auf die Notwendigkeit friedlicher Konfliktlösung hingewiesen. Aus Anlass der Annahme der Honororprofessur der Emory University in Atlanta erklärte er, offenbar mit Blick auf die amerikanische Irakpolitik, dass das „Konzept der Kriege überholt“ sei. Während er ein gutes persönliches Verhältnis zu Präsident Bush pflege, nehme aus seiner Sicht das Ansehen Amerikas im Ausland durch eine falsche Außenpolitik Schaden, fügte er am 18. Oktober im Rahmen einer Podiumsdiskussion der Brookings Institution hinzu. Es fehle das notwendige Bewusstsein für die Realität, kritisierte das tibetische Oberhaupt. Im Kongress hatte der Dalai Lama ferner das ökonomische Ungleichgewicht in der Welt beklagt und zu einem stärkeren Umweltbewusstsein aufgerufen. Er verwies dabei auf die besondere Verantwortung der Vereinigten Staaten, für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt einzutreten. ■

Daten und Fakten: Gespräche des Dalai Lama mit Staats- und Regierungsvertretern (Auswahl, seit 1990):

- 1990: Hans van den Broek, Außenminister, Niederlande; Richard von Weizsäcker, Bundespräsident, Deutschland; Papst Johannes Paul II.
- 1991: Prinz Charles, Großbritannien; George Bush, Präsident, Vereinigte Staaten; Violeta Barrios Chamorro, Präsidentin, Nicaragua; Mary Robinson, Präsidentin, Irland; Jiri Dienstbier, Außenminister, Tschechoslowakei.
- 1992: Carlos Menem, Präsident, Argentinien; Patricio Aylwin, Präsident, Chile.
- 1993: Douglas Hurd, Außenminister, Großbritannien; Lech Walesa, Präsident, Polen; Thomas Klestil, Präsident, Österreich; .
- 1994: Violeta Barrios Chamorro, Präsidentin, Nicaragua.
- 1996: Papst Johannes Paul II.; Lena Hjelm-Wallin, Außenministerin, Schweden; Björn Tore Godal, Außenminister, Norwegen; Douglas Hurd, Außenminister, Großbritannien; Nelson Mandela, Präsident, Südafrika; Jim Bolger, Premierminister, Neuseeland; John Howard, Premierminister, Australien; Klaus Hänsch, Präsident, Europäisches Parlament; Jacques Santer, Kommissionspräsident der Europäische Union.
- 1997: Bill Clinton, Präsident, Vereinigte Staaten; Václav Havel, Präsident Tschechische Republik.
- 1998: Mary Robinson, Hochkommissarin für Menschenrechte der Vereinten Nationen; Wolfgang Schüssel, Außenminister, Österreich; Jacques Chirac, Präsident, Frankreich; Lionel Jospin, Premierminister, Frankreich; Kofi Annan, Generalsekretär, Vereinte Nationen.
- 1999: Fernando Henrique Cardoso, Präsident, Brasilien; Eduardo Frei, Präsident, Chile; Jean Luc Dehaene, Premierminister, Belgien; Tony Blair, Premierminister, Großbritannien; Joschka Fischer, Außenminister, Deutschland; Wim Kok, Ministerpräsident, Niederlande; Massimo D'Alema, Premierminister, Italien.
- 2000: Jerzy Buzek; Ministerpräsident, Polen; Göran Persson, Premierminister, Schweden; Poul Nyrup Rasmussen, Premierminister, Dänemark; Jens Stoltenberg, Premierminister, Norwegen; Bill Clinton, Präsident, Vereinigte Staaten; Viktor Orbán, Premierminister, Ungarn; Vaclav Havel, Präsident, Tschechische Republik; Mary McAleese, Präsidentin, Irland.
- 2001: George W. Bush, Präsident, Vereinigte Staaten; Maart Laar, Premierminister, Estland; Vaira Vike-Freiberga, Präsidentin, Lettland; Valdas Adamkus, Präsident, Litauen; Nicole Fontaine, Präsidentin, Europäisches Parlament; Simeon II., Ministerpräsident, Bulgarien; Jorge Sampaio, Präsident, Portugal.
- 2002: Jim Anderton, Premierminister, Neuseeland; Václav Havel, Präsident, Tschechische Republik; Janez Drnovsek, Premierminister, Slowenien; Milan Kucan, Präsident, Slowenien; Ivica Racan, Ministerpräsident, Kroatien; Benita Ferrero-Waldner, Außenministerin, Österreich;
- 2003: Joschka Fischer, Außenminister, Deutschland; Wolfgang Thierse, Präsident des Deutschen Bundestages, Deutschland; Anders Fogh Rasmussen, Ministerpräsident, Dänemark; George W. Bush, Präsident, Vereinigte Staaten.
- 2004: Paul Martin, Premierminister, Kanada; Jack Straw, Außenminister, Großbritannien; Manmohan Singh, Premierminister, Indien; Abel Pachero, Präsident, Costa Rica; Tony Saca, Präsident, El Salvador; Oscar Berger Perdomo, Präsident, Guatemala.
- 2005: König Abdullah II., Jordanien; Kjell Magne Bondevik, Premierminister, Norwegen; Wolfgang Thierse, Präsident des Deutschen Bundestages, Deutschland; George W. Bush, Präsident, Vereinigte Staaten.
- 2006: Jose Manuel Barroso, Kommissionspräsident der Europäischen Kommission; Wolfgang Schüssel, Bundeskanzler, Österreich; Josep Borrell, Präsident, Europäisches Parlament; Guy Verhofstadt, Ministerpräsident, Belgien; Oscar Arias Sanchez, Präsident, Costa Rica; Sasha Vondra, Außenminister, Tschechische Republik; Fausto Bertinotti, Parlamentssprecher, Italien; Papst Benedikt XVI.; Massimo D'Alema, Außenminister, Italien.
- 2007: Nancy Pelosi, Sprecherin des Repräsentantenhauses, Vereinigte Staaten; Helen Clark, Premierministerin, Neuseeland; John Howard, Premierminister, Australien; Jaime Gama, Parlamentspräsident, Portugal; Alfred Gusenbauer, Bundeskanzler, Österreich; Angela Merkel, Bundeskanzlerin, Deutschland; George W. Bush, Präsident, Vereinigte Staaten; Stephen Harper, Premierminister, Kanada. (Quelle: Vertretung des Dalai Lama in Genf.) ■

NACHRICHTEN IN KÜRZE: BUNDESTAG DEBATTIERT PEKING 2008 - EU-CHINA MENSCHENRECHTSDIALOG - PROTESTE VOR CHINESISCHER BOTSCHAFT

Debatte im Bundestag über Menschenrechte in China im Vorfeld der Olympiade 2008

Der Deutsche Bundestag hat am 21. September aus Anlass einer Großen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an die Bundesregierung (BT-Drs. 16/6175) über die Menschenrechtslage in China im Vorfeld der Olympischen Spiele 2008 debattiert. Redner von Koalition und Opposition wiesen dabei einhellig auf die schlechte Menschenrechtslage in China und, so die Abgeordneten, auf die unerfüllten Erwartungen auf eine Öffnung Chinas hin, die mit der Vergabe der Olympischen Spiele an Peking verknüpft worden waren. Redner von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen nahmen dabei auch Bezug auf die schlechte Lage in Tibet und begrüßten nahezu einhellig das Treffen von Bundeskanzlerin Merkel mit dem Dalai Lama. SPD und Linkspartei forderten zudem einen Boycott von in China unter menschenunwürdigen Umständen hergestellten Produkten. Widersprochen wurde in der Debatte auch der Annahme, es könne einen "entpolitisierten Sport" geben.

Volker Beck, menschenrechtspolitischer Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, bedauerte die Absage einer für diesen Oktober geplanten Delegationsreise des Menschenrechtsausschusses nach China durch die chinesische Seite, die er als Retourkutsche für die Laogai-Resolution des Deutschen Bundestages vom Mai diesen Jahres wertet. Holger Haibach (CDU/CSU), Vorsitzender des Tibet-Gesprächskreises im Deutschen Bundestag, betonte, die Absage bewirke, "dass der Verdacht entstehe, es gebe Dinge, die nicht gezeigt werden dürfen."

Der Menschenrechtsausschuss will sich am 27. Januar 2008 im Rahmen einer öffentlichen Anhörung mit dem Thema Menschenrechte und Olympische Spiele in China nochmals gesondert befassen. ■

Menschenrechtsdialog zwischen EU und Volksrepublik China

Am 17. Oktober fand in Peking die 24. Runde des Menschenrechtsdialogs zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China statt. In einer Pressemitteilung vom gleichen Tag erklärt die portugiesische Ratspräsidentschaft, dass die Gespräche in einer "konstruktiven Atmosphäre" am Rande des 17. Parteitages der KP Chinas stattgefunden hätten. Zentrale Punkte der EU, heißt es in der Erklärung, seien die Reform des Rechtssystems,

Meinungs- und Pressefreiheit, Religionsfreiheit in Tibet sowie die Rechte von Arbeitnehmern in der Volksrepublik gewesen. Dabei hätten die Punkte Religionsfreiheit in Tibet und insbesondere die neuen Vorschriften über die Anerkennung von tibetischen Lamas für die insgesamt "robusteste Debatte" gesorgt. Die Delegation der EU-Troika habe ferner ein Rechtshilfezentrum in der Provinz Shanxi besucht sowie einen Strafprozess verfolgt. Auf der Agenda standen auch Diskussionsrunden über Religionsfreiheit mit Behördenvertretern und buddhistischen Mönchen in einem örtlichen buddhistischen Tempel.

Der Menschenrechtsdialog zwischen der EU und der Volksrepublik China findet seit 1995 statt. In der Regel werden pro Jahr zwei Treffen anberaumt. Der Volltext der Pressemitteilung der Europäischen Union kann auf der Internetseite der portugiesischen Ratspräsidentschaft unter http://www.eu2007.pt/ue/ven/noticias_documentos/20071017uechina.htm eingesehen werden. ■

Tibetische Demonstranten protestieren vor chinesischer Botschaft in Neu-Delhi

Vertreter des "Tibetan Youth Congress", einer in Indien ansässigen Nichtregierungsorganisation, haben am 10. Oktober vor der chinesischen Botschaft in Neu-Delhi gegen die Einführung neuer Vorschriften in China protestiert, die die Anerkennung von rein-karnierten buddhistischen Lehrern ("tulku") unter den Vorbehalt behördlicher Genehmigung stellen wollen. Dabei versuchten einige Demonstranten, sich Zugang zum Botschaftsgelände zu verschaffen, indem sie über Mauern und Zäune steigen wollten, was von indischen Sicherheitskräften verhindert worden war. Es kam zu zahlreichen Festnahmen durch die indische Polizei. Alle Festgenommenen sind inzwischen wieder in Freiheit, müssen jedoch mit Strafverfahren oder empfindlichen Geldbußen rechnen. ■

Tibet-Briefing

Informationsblätter der International Campaign for Tibet Deutschland e.V. (ICT), Nr.3, 29.

Oktober 2007. International Campaign for Tibet Deutschland; Schönhauser Allee 163, 10435 Berlin. Redaktion: Kai Müller (V.i.S.d.P.). © ICT.